

9. 1921. Nr. 14 u. 20 vergriffen.

und Inhaltsverzeichnis nicht erschienen.

gang 9. 1921 mit Nr. 26 abgeschlossen.

erscheinungen eingestalt.



Der Gemeindearbeiter

Organ des Zentralverbandes der Gemeindearbeiter und Straßenbahner Deutschlands.

Geschäftsstelle: Köln, Benloerwall 9. Fernspr. A 2538. Postfachkonto Köln 15937.

Mitglied des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands.

Erscheint alle 14 Tage. Durch die Post bezogen wöchentlich 1,50 Mk.

Nummer 1 Köln, den 8. Januar 1921 9. Jahrgang

Zum Jahreswechsel

wünscht allen Mitgliedern und deren Familien ein glückselig neues Jahr!

Zentralvorstand und Schriftleitung.

Neujahrsgebanken.

Wieder ist ein Jahr in das Meer der Vergangenheit versunken. In der Schwelle des neuen Jahres zeigt es sich wohl, einen neuen Rückblick über die verfloßene Zeit, ohne zu halten, sich die Frage vorzulegen, dieser Zeitabschnitt unseres kurzen Erdendallens nun uns gut angemahnt worden oder nicht. Denn was du in der Minute ergebnislos, bringt dir keine Ewigkeit.

Nicht nur als Mensch, sondern als Volksgenosse und Angehöriger eines aufwärts strebenden Standes wollen wir hier einen neuen Rückblick halten. Der größten Teil der frohen Hoffnungen, mit denen wir das Jahr begannen, haben wir mit ihm zu Grabe tragen müssen. Im Anfang des verfloßenen Jahres trat der Friedensvertrag in Kraft, durch den die Welt, wie es in der Einleitung heißt, durch einen festen, gerechten und dauerhaften Frieden beendet zu werden schien. Der durch diesen Vertrag geschaffene Zustand sieht aber einem latenten Kriegszustand viel ähnlicher wie einem friedlichen Verhältnis der Nationen untereinander. Der Vertrag ist nur eine Vertagung des Grundlages, nach dem der Krieg geführt wurde. Nicht geht vor Nacht, die hierdurch Deutschland auferlegten Bedingungen gehen über die Möglichkeit, sie zu erfüllen hinaus. Die ständigen Drohungen der Entente mit weiteren Zwangsmahnen, während des Ruhrgebietes usw. werden auch am Ende nur dazu beitragen, die Tatkraft und den guten Willen des deutschen Volkes, seinen Teil zur Wiederaufrichtung zu leisten, erheblich schwächen, wenn nicht völlig erlöchen. Die Not und das Elend, Hunger und Verzwelgung, von der heute ganz Europa heimgeheftet ist, wird man auch die Aufrechterhaltung des rohen Wohlgedankens, der sich nicht in die Fesseln einer stillosen Ordnung hineinzwängen lassen will, nicht befechtigen können. Es ist der die Not der bösen Tat, daß sie fortwährendes Verbrechen muß gehören. Wie bisher auch nur in der Weltgeschichte, hat wohl niemals eine Zeitlang herrschen können, die aber um so höher sich setzen. Diese Bewußtsein, daß es um die Welt geht, und die Gewißheit, daß die Weltkrieg 1914-1918 war

entschieden, aber die endgültige Entscheidung über die Neuordnung der politischen Verhältnisse in Europa noch nicht getroffen ist. Schon heute sehen wir, wie die Sieger auch keinen Augenblick ihres Sieges froh werden können. Die Gewißheit, es kommt einmal eine Revision des Friedensvertrages, allein kann das deutsche Volk vor der Verzweiflung bewahren und den Mut geben, mit dem Wiederaufbau, trotz alledem zu beginnen.

Im wirtschaftlichen Leben der Völker stehen wir am Wendepunkte. Das rein kapitalistische System, welches nicht mehr den Menschen mit seinen höheren Zielen in den Mittelpunkt stellt, sondern die Gier nach dem Geld, den Gewinn, steht vor dem Zusammenbruch. Schwer allerdings muß heute um die Neugestaltung gerungen werden. Im Osten Europas ist das alte System vollständig beseitigt und ein neues an seine Stelle getreten, welches aber noch weniger seiner Aufgabe, die Menschheit auf der Stufenleiter der wahren Kultur emporzuführen, gerecht wird wie das alte. Deshalb den gestellten Aufgaben nicht gerecht werden kann, weil ihm das stilles Fundament der Gerechtigkeit und der christlichen Nächstenliebe fehlt, weil der Bolschewismus letzten Endes, ebenso wie der Faschismus und der Kapitalismus, nicht aus stillosen Motiven, sondern aus dem Machgedanken seine treibenden Kräfte schöpft.

In Deutschland gestaltet sich diese Neuordnung der Dinge in wirtschaftlichem Sinne um so schwieriger, weil einerseits durch einen Friedensvertrag und gewalttätige politische Umwälzungen der wirtschaftliche Wohlstand des Volkes vernichtet, und andererseits die stillosen Verhältnisse in allen Volksschichten schweren Schiffsbruch erlitten haben. Die materielle Not, der schärfste Kampf um Erhaltung der nackten Lebensmöglichkeit weicher Kreise, hat die einzelnen Schichten des Volkes immer weiter auseinander gebracht und verhindert so die notwendige gemeinsame Arbeit, ohne die kein wirtschaftlicher und sozialer Wiederaufbau möglich ist. Infolgedessen alle ehrlichen Versuche, eine neue wirtschaftliche Ordnung aufzurichten, notwendigerweise nur geringe politische Erfolge aufzuweisen konnten.

Der Arbeiterschaft fällt hierbei eine wichtige Aufgabe zu. Von ihrem Verhalten wird es zum guten Teile abhängen, ob der Wurf gelingen wird. Können große Hoffnungen dürfen wir in dieser Beziehung nicht hegen. In der sozialistischen Arbeiterbewegung fehlt es gewissermaßen an allen Vorbereitungen hierzu. Noch nie war diese Bewegung unter sich uneiniger wie heute. Eine Spaltung in der politischen Organisation folgte der anderen. Die freie Gewerkschaftsbewegung, die rein äußerlich noch geschlossen da steht, trägt aber bereits den Spalt der politischen Zerküftung im eigenen Körper. In infolgedessen auch nicht mehr frei in ihren

Entscheidungen und wird durch die notwendige Rücksichtnahme auf die in ihr bestehenden politischen Strömungen an einer klaren Stellungnahme auch in rein wirtschaftlichen und gewerkschaftlichen Dingen gehindert. Ob es den weitwichtigen Führern dieser Bewegung gelingen wird, trotz der auseinander gehenden Strömungen die äußere Geschlossenheit zu bewahren, muß die Zukunft lehren.

In der christlichen Gewerkschaftsbewegung machte im verfloßenen Jahre, der gewaltige Zuwachs an Mitgliedern, den das Vorjahr gebracht hat, einer ruhigen feiten Zunahme Platz. Um so gefestigter konnte sie sich nach innen entwickeln. Noch nie stand sie in sich geschlossener und gefestigter da wie heute. Trotz der Wirrnisse der Zeit hatte sie keine Veranlassung, von ihrem alten Programm, ihrem Ziele abzuweichen. Daß durch die Umwälzungen und ihr Hineinwachsen in eine große Volksbewegung sie gezwungen war, ihre Plattform zu vergrößern, ihr Aufgabengebiet zu erweitern, neben den Fragen des Arbeits- und Dienstvertrages, sich in erhöhtem Maße den sozialpolitischen, wirtschaftspolitischen und auch zum Teil weltpolitischen Fragen widmen mußte, liegt bei der Vertiefung aller oben genannten Fragen in der Natur der Sache. Der Verlauf des 10. Kongresses in Essen hat gezeigt, daß sie heute ein ernst zu nehmender Faktor im deutschen Volksleben geworden ist und daß die ihr zukommende Bedeutung im öffentlichen wie wirtschaftlichen Leben erkannt hat.

Das Jahr 1920 war für unsern Verband ein Jahr des Kampfes, aber auch der Erfolge. Soweit die Mitgliederzunahme in Betracht kommt, folgt aus hier wie in der Gesamtbewegung dem plötzlichen Anwachsen des Vorjahres ein langsames, stetiges Wachsen. Die Mehrzahl der in unsern Verband in Betracht kommenden Arbeiter und Angehörigen gehören bereits einer gewerkschaftlichen Organisation an. Der Hauptzuwachs, den wir zu verzeichnen hatten, kam im verfloßenen Jahre aus den Reihen derjenigen, die in der gewerkschaftlichen Sturm- und Drangperiode des Jahres 1919 zu den Fallchorangierten gestochen waren. Eine gewaltige Aufgabe stand uns bevor. Die Tausende, die so plötzlich zu uns gestoßen waren, nicht aus klarer Erkenntnis der Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation und der gewerkschaftlichen Möglichkeiten, das Ziel zu erreichen, mußten erst zu Gewerkschaftlern erzogen werden. Sie alle kamen in der Hauptsache, um Beistand zu finden in ihren materiellen Nöten. Die Grundbegriffe der gewerkschaftlichen Arbeit lehrten ihnen noch vollständig. Von dem Zeitgeist angeleitet, verlangten sie nicht nur materielle Erfolge, die nach Lage der gegenwärtigen Wirtschaftsverhältnisse einfach zu machen waren, sondern scheuten sich zum Teil auch, zunächst die unbedingt notwendigen Mittel aufbringen zu helfen, ohne die der

Verband seine Aufgaben nicht erfüllen konnte. Wenn es trotzdem gelang den Verband finanziell zu stärken, die Beiträge durchweg zu verdoppeln, so ist dieses eine Frucht der mühsamen Arbeit und des Opferwillens der Vorstände und Vertrauensleute, denen auch an dieser Stelle der Dank hierfür ausgesprochen werden soll.

Die Erfolge, insbesondere die grundlegende Neuordnung des Arbeitsvertrages, die Erlegung des individuellen Vertrags durch den Tarifvertrag, kommen wirtschaftlich für die Mitglieder nicht zur vollen Auswirkung, da die noch immer anhaltende Feuerung die materiellen Erfolge der Tarifabschlüsse innerhalb kurzer Zeit wieder absorbierte. Um die Tätigkeit der gewerkschaftlichen Organisationen aber richtig beurteilen zu können, muß die Frage aufgeworfen werden, wie möge es im deutschen Arbeiterleben wohl aussehen, wenn nicht die Gewerkschaften sich mit aller Macht gegen den immer wiederkehrenden Versuch, die Gefundung des Wirtschaftslebens, auf Kosten der wirtschaftlich Schwächsten, mit dem Lohnabbau ohne Preisabbau einzuleiten, widersetzen hätten. Dieses verhindert zu haben, ist ein Erfolg, der leider selbst von Gewerkschaftlern im vergangenen Jahre nicht voll anerkannt wurde.

Am der Jahreswende pflegt man aber nicht nur Rückchau, sondern auch Ausschau zu halten. Die Zukunft liegt trübe vor uns. Trotzdem arbeiten und nicht verzweifeln. Nach dem Winter folgt ein Frühling. Nach diesem Winter des politischen, wirtschaftlichen und sozialen Zusammenbruchs Deutschlands wird wieder ein Frühling folgen, nicht mit Notwendigkeit, sondern nur, wenn das Volk selbst in harter Arbeit, in treuer Pflichterfüllung, als Volksgenosse als Staatsbürger, in der Familie und auch in der Standesbewegung restlos seine Pflicht erfüllt. Nicht von außen kommt die Rettung, sondern nur von innen heraus.

Der Wille zum Leben, zum Arbeiten, zum Kämpfen mit den Schwierigkeiten ist in unseren Kollegenzellen vorhanden. Dem Wiederaufbau Deutschlands, seiner städtischen, nationalen und wirtschaftlichen Kräfte dient unsere Arbeit. Und zu dieser Arbeit dürfen wir uns gegenseitig entbleien!

Glück und Segen im neuen Jahre!

Die Verbandsbeiträge.

Wie vorauszusehen, hat die Erhöhung der Verbandsbeiträge und die Ausschreibung von 4 Extrabeiträgen nicht den ungeteilten Beifall sämtlicher Mitglieder gefunden. Das ist nach Lage der Verhältnisse recht gut verständlich. Verbandsbeiträge haben mit den Steuern das eine gemeinsam: man zahlt sie nur, weil sie notwendig sind. Je größer nun die Urkenntnis in den breiten Massen von den Aufgaben des Staates und auf der anderen Seite von den Aufgaben der gewerkschaftlichen Organisation ist, um so größer ist der Widerwillen gegen diese notwendigen Abgaben. Die Mehrzahl der heute in Deutschland organisierten Arbeiter gehört noch keine zwei Jahre irgendeinem Verbands an. Infolgedessen hat sie noch wenig Gelegenheit gehabt, sich von den Arbeiten und Mühen, von den Erfolgen und Fortschritten, aber auch von den dadurch bedingten Ausgaben ein richtiges Bild zu machen. Wenn nicht sofort die Gewerkschaft zu einem Automaten wird, in dem oben der Beitrag hineingeworfen und unten der Erfolg herausgezogen wird, hat die oberflächliche Meinung „es hat doch keinen Zweck“ bei diesen Leuten wieder die Oberhand.

Mit diesen Kollegen ist aber keine aufbauende Gewerkschaftsarbeit zu verrichten. Vor dem Kriege hingen sie sich als Unorganisierte wie ein Kleckspen an die Füsse der Vorwärtsstrebenden und heute hemmen sie noch immer durch ihre „Sparsamkeit“ am falschen Ende den sozialen Fortschritt. Wenn alle Kollegen wie diese Beitragscheuen denken würden, könnte morgen die Gewerkschaftsbewegung einsparen. Allerdings mit dem Erfolge, daß das Unternehmertum schon die Lohnfrage und die übrigen Bedingungen des Arbeitsvertrages derart regeln würde, daß dabei den Arbeitern die Augen übergehen würden.

Von den Arbeitgebern, ob nun Stadtgemeinde, Kreis- oder Provinzialverwaltung oder Straßenbahndirektion müssen wir verlangen, daß sie mit der notwendigen Sparsamkeit am rechten Ende beginnen. Mit Recht wehren sich unsere Kollegen gegen alle Versuche, mit der Sparsamkeit bei ihren Löhnen beginnen zu wollen. Die nämlichen Grundsätze, die aber nun die Gewerkschaften in bezug auf ihre Forderungen an die Unternehmer vertreten, müssen sie auch auf die Mitglieder anwenden. Auch hier muß die Sparsamkeit am falschen Ende rückwärts losgelassen werden.

Die Organisationsstellungen sämtlicher Richtungen haben in letzter Zeit feststellen müssen, daß bei den bisher üblichen Beiträgen die gewerkschaftlichen Aufgaben nicht mehr erfüllt werden konnten. Im „freien“ Gemeindefahrerverband sowohl wie im Transportarbeiterverband hat eine erhebliche Erhöhung der Beiträge stattgefunden. Außerdem wurde eine Anzahl Extrabeiträge erhoben. Um durch die Geldentwertung nicht ins Hintertreffen zu geraten, mußte auch unser Verband den nämlichen Weg gehen. Er mußte dieses tun, wenn er angesichts der größten Widerstände, die heute jeder berechtigten Forderung seitens der Arbeitgeber entgegenzusetzen ist, noch gewerkschaftliche Erfolge aufzuweisen will. In dieser Situation wäre es eine Pflichtvergessenheit seitens der Verbandsleitung, wenn sie nicht frank und frei den Kollegen offen ins Gesicht sagen würde, was sie, um über die kommenden schweren Zeiten hinwegzukommen, für unbedingt notwendig hält.

Angstmeier und Kleingelster gibt es überall. Im freien Gemeindefahrerverband haben von 1280 Mitgliedern, die abgestimmt haben, 8100 für die Erhöhung der Beiträge und 4702 dagegen gestimmt. Bemerkenswert aber ist, daß in der Regel die alten Gewerkschaftler und Ortsgruppen, und diese Erfahrung machen wir gegenwärtig auch in unserem Verbands, für die durch die Umstände bedingten höheren Beiträge stimmen. Dagegen finden wir fast ausschließlich in den jungen Ortsgruppen bei den Neulingen eine gewisse Gegnerschaft. Wenn aber nun das gereifte Alter und die Erfahrung, fast restlos für eine Neuerung, dagegen Jugend und Unerfahrenheit dagegen stimmen, dürfte es für den klug Denkenden leicht sein, zu urteilen, auf welcher Seite das Richtige zu suchen ist.

Die Verbandsleitung ist die letzte, die die Schwierigkeiten, die heute zeitgemäßen Beiträgen gegenüberstehen, verkennet. Die Mehrzahl der Kollegen ringt schwer, sehr schwer im Kampfe ums Dasein. Von Woche zu Woche wird der Lohndruck herbeigejagt und oft genug ist in den letzten Tagen vor der Lohnung buchstäblich Salmachans Küchenmeister. Diesem Mißstande wird aber nicht dadurch beigekommen, daß man den geringen Beitrag für die Erhöhung der Beiträge, der durchschnittlich noch keine 0,8 bis 1 Prozent des Einkommens ausmacht, „einpariert“, damit aber die Organisation unfähig zu machen

versucht, den vielfach noch angutreffenden Mißständen in der Lohnfrage zu Leibe rücken. Das drohende Gepeinß des Lohnabbauers, ohne vorherigen Preisabbau, wird mit einer detartigen „Sparsamkeit“ am falschen Ende nicht bekämpft.

Vertrauend auf die Einsicht unserer alten Gewerkschaftler, besonders unserer Ortsstandsmitglieder, und Vertrauensleute ist die Beschluß zur Erhöhung der Beiträge in der Leistung der vier Extrabeiträge gefaßt worden. Sie werden das in sie gesetzte Vertrauen rechtfertigen und die bestehende, mäßig wenigen Jaghaften und Unschlüssigen mit sich fortziehen. Dann wird trotz aller Schwierigkeiten das neue Jahr doch mancher weiteren Erfolg bringen, den uns das alte Jahr noch versagt hat.

Nochmals der Straßenbahnerstreik in Hannover.

Der Schiedspruch des Reichsarbeitsministeriums, durch den der elfwöchige Streik beendet und dessen Annahme durch die Führer des Transportarbeiterverbandes so warm empfohlen wurde, hat eine böse Auslegung erfahren. Über 450 Kollegen sind auf dem Streik geblieben. Daß heute die schuldigen „Führer“ dieser unglücklichen Bewegung Sündenböcke suchen, auf die sie ihre Schuld abzuladen versuchen, ist zwar verständlich, aber nicht gutzuheißen.

Es berührt daher einen jeden anständigen Menschen eigentümlich, wenn nunmehr unser Verband für die Niederlage verantwortlich gemacht werden soll. Wenn wir unsern Bericht nach Beendigung des Kampfes gefaßt haben, daß die Ursache der Niederlage in dem allen gewerkschaftlichen Regeln höhnisprechenden Beginn und der unklugen Führung des Kampfes durch den Transportarbeiterverband zu suchen, so haben wir nur mit anderen Worten das selbe gesagt, was ein „Führer“ des Transportarbeiterverbandes in einer Versammlung am 12. 11. in Hildesheim selbst sagte:

„Der Streik habe ohne die Zustimmung des Verbandes begonnen. Die Gewerkschaft hätten die Gewalt über die Arbeiter verloren.“ Also weil der Transportarbeiterverband und seine Bevollmächtigten nicht mehr die Führer waren, sondern von unverantwortlichen Helfspornen sich leiten und leiten ließen, ging der Streik verloren.

Auch der Schiedspruch im Arbeitsministerium konnte an dieser Tatsache nicht mehr ändern. Wenn man anderer Meinung war, so warum hat man denn die Annahme des Schiedspruchs so warm empfohlen? Und nur deshalb, weil man der Gewerkschaft sagt, daß der Kampf unbegünstigt verloren war, vor das zweimal vorher abgelehnte, nun zum dritten Male angerufene Schiedsgericht entschieden hatte.

Die „Straßen- und Kleinbahner-Zeitung“ wird uns schon gestatten müssen, mag ihr noch so unangenehm sein, daß wir in irgendeiner Weise die Scharfmacher der Unternehmer zu entschuldigen, und unsere eigenen Gedanken über die gewerkschaftliche Taktik der ihr nahestehenden hannoverschen „Strategen“ machen. Wenn sie nicht ihre „Erziehungstätigkeit“ zur gewerkschaftlichen Disziplin in dem nämlichen Sinne wie bisher fortsetzen zu müssen, nur um stehenden Schanden in der roten Parteihalle und in der urpigen geübten Gewerkschaft zu bewahren, in das ihre Sache, braucht sie sich aber auch nicht zu wundern, wenn sie eines Tages sich wieder von Scharfmachern auf der einen und von Kommunisten auf der anderen Seite

wege des Handelns vorzuschreiben lassen.
 Man sollte annehmen, daß der Transportarbeiterverband, der in jeder Nummer seines Organes über die Selbstzerfleischung der sozialistischen Proletariats anstimmt, es wäre, wenn die Arbeiterklasse wieder vernünftigen gewerkschaftlichen Denken folgen würde. Die beste gewerkschaftliche Führung wird aber dann geliebt, wenn der Arbeiter die unglücklichen Folgen ihres überlegten Handelns vor Augen geführt werden. Nicht aber, indem man wie ein altes Weib greint und jammert und aus lauter Mitleid einen Teil der bisherigen Nachläufer mit sich zu verlieren, für die eigene Sündenböcke zu suchen, sich kramphäßig bemüht.

Ein neuer Tarifvertrag für die Straßenbahnen.

Das schier Unglaubliche ist zur Tatsache geworden. Kurz vor Tarifschluss ist zwischen den Karroten: dem Arbeitgeberverband der Straßenbahnen, Kleinbahnen und Straßenbahnlinien einerseits sowie den beteiligten Arbeiterorganisationen ein neuer Reichsmanteltarifvertrag abgeschlossen worden. Allerdings erstreckt sich die neue Vereinbarung nur auf den Tarifvertrag I. Der neue Tarifvertrag II haben sich die Arbeiterorganisationen die Entscheidung bis zum 16. Januar vorbehalten.

Nachdem der Arbeitgeberverband den Tarifvertrag zum 31. Dezember gekündigt hatte, fanden die ersten Verhandlungen über die Erneuerung des Vertrages am 2. November in Berlin statt. Der von dem Arbeitgeberverband vorgelegte neue Tarifvertrag enthielt derartige Verschlechterungen, daß die Arbeiterorganisationen einmütig dieselben für unannehmbar erklärten und sie daher ablehnten. Da die Arbeiterorganisationen zu irgendeinem Zugeständnisse aber nicht bereit waren, scheiterten die Verhandlungen. Es war somit mit einem Kampfe der ganzen Linie zu rechnen. Beide Parteien besaßen sich somit in einer überaus schwierigen und ernstlichen Situation. In Anbetracht dieser Tatsache hielten wir für unsere Pflicht, uns auf den Ernstfall in bestem Maße vorzubereiten. Das geschah durch die Ausschreibung von Extrabeiträgen für die Dauer des Monats Januar. Wir sind uns darüber vollständig klar, daß es ein heißes und schweres Ringen geworden wäre und daß der Streik unter Umständen mehrere Wochen gedauert hätte. Auch auf Arbeitgeberseite wird man sich des Ernstes der Richtung hin voll bewußt gewesen sein. So hat denn die bessere Einsicht gesiegt und man hat die Verhandlung dem Kampfe vorgezogen. Es wurden neue Verhandlungen vereinbart, für die der 28. und 29. Dezember vereinbart wurde. Da es aber nicht gelang, in diesen beiden Tagen zu einer Verständigung zu gelangen, so wurden die Verhandlungen auch noch am 30. Dezember fortgesetzt.

Die Arbeiterorganisationen hatten für die Verhandlungen zunächst die Bedingung gestellt, daß auf der Grundlage des bestehenden Tarifvertrages verhandelt werden sollte. Der Arbeitgeberverband hat sich damit einverstanden erklärt. So wurden auch die Verhandlungen auf dieser Grundlage geführt. Jedoch versuchte jede der beiden Parteien, die von ihr gemachten Zugeständnisse durchzubrüden. Infolgedessen wurden sich die Verhandlungen äußerst

schwierig, zumal um einzelne Bestimmungen heiß gestritten wurde. Mehr als einmal drohten auch jetzt die Verhandlungen wieder zu scheitern. Besondere Schwierigkeiten boten:

Die Regelung der Arbeitszeit und der Dienstschichten; die Anrechnung des Vorbereitungs- und Abschlußdienstes; die Bezahlung der Überstunden; die Beibehaltung der Lohnfortzahlung in Krankheitsfällen usw., sowie die Bestimmungen über die Arbeiterausschüsse (Betriebsräte) und über die Zusammensetzung bzw. Zuständigkeit der Schlichtungstellen.

Jedoch ist es gelungen, die Schwierigkeiten zu überwinden. Der Tarifvertrag I wurde im großen ganzen auf der bisherigen Grundlage abgeschlossen. Nur einige wenige Änderungen sind gemacht worden. Alle Verschlechterungen wurden abgewehrt. So gelang sogar, noch einzelne Verbesserungen zu erzielen.

So wird beispielsweise bei Heißhättenbehandlung die Lohnfortzahlung auch über die sonst vorgelebene Zahl von Wochen hinaus gewährt.

Bei Gerichtsverhandlungen ist der etwaige Unterschied zwischen Gehältern (für Zeugen, Sachverständigen, Schöffe oder Geschworener) und Lohn vom Arbeitgeber zu bedenken.

Bei Entlassungen, die durch die Aufsichtsbehörde veranlaßt werden, ist der Arbeitnehmer möglichst in einem anderen Dienstzweige zu beschäftigen.

Beim Arbeitswechsel innerhalb der beteiligten Betriebe kann die in dem bisherigen Betriebe zurückgelegte Dienstzeit angerechnet werden.

Diesen Zugeständnissen der Arbeitgeber gegenüber mußten sich allerdings auch die Arbeitnehmer zu einigen Zugeständnissen bequemen. Dieselben sind jedoch nicht materielle, sondern rechtlicher Natur. Hierzu gehört in erster Linie das Sonderabkommen, das gewissermaßen einen Organisationszwang festlegte. Die Arbeitgeber verzweigten hierzu die Erneuerung dieses Sonderabkommens. Es mußte deshalb wohl oder übel aufgegeben werden. Wir unsererseits haben stets betont, daß wir keine Freunde des Koalitionszwanges sind und aus dem Grunde keine Freunde des Sonderabkommens waren. Wir haben um so weniger Veranlassung, demselben eine Träne nachzuweinen, als auf Grund dieses Sonderabkommens im Frühjahr des vorjährigen Jahres in Berlin unsere Verbandskollegen zum Übertritt in den sozialdemokratischen Transportarbeiterverband gezwungen wurden. Mit dem Sonderabkommen mußte als logische Folge auch Absatz 6 des § 14 gestrichen werden. Dieser bestimmte, daß der Ausschuss das Recht habe, die Mitglieder auf ihre Organisationszugehörigkeit zu prüfen. Dieses Recht sieht also dem Betriebsrat in Zukunft nicht mehr zu. Auf diese Bestimmung konnte um so eher verzichtet werden, als die Prüfung der Organisationszugehörigkeit Sache der Vertrauensleute der einzelnen Verbände ist.

Aus den vorstehenden Darlegungen können unsere Kollegen ersehen, daß der Neuabschluss des Tarifvertrages sich äußerst schwierig gestaltet hat. Wir dürfen das Zustandekommen des Tarifvertrages auf dieser Grundlage als einen vollen Erfolg der Arbeiterorganisationen buchen. Es ist dies ein Erfolg des einigen und geschlossenen Vorgehens der beteiligten Arbeiterverbände. Auch unser Aufruf zur Sammlung eines Kampffonds dürfte mit dazu beigetragen haben, die Arbeitgeber zum Nachgeben zu

bewegen. Müßten Sie doch nicht nur mit einer geschlossenen Kampffront der Arbeiter rechnen, sondern auch mit einer, dem Ernst der Sachlage entsprechenden Opferwilligkeit zur Durchführung eines etwaigen Kampfes. Es wäre verfehlt, wenn unsere Kollegen nun aber glauben wollten, jetzt sei der Kampf abgewehrt und es brauchten deshalb die ausgeschriebenen Extrabeiträge nicht geleistet zu werden. Im Gegenteil! Jetzt beginnen die Verhandlungen in den 10 Bezirksgruppen, bei denen es auch noch große Schwierigkeiten zu überwinden gibt. Es dies auf der ganzen Linie ohne Reibung und Kampf abgeht, ist noch sehr fraglich. Auch dafür müssen wir gerüstet sein.

Ein anderes wichtiges Moment kommt noch in Frage. Demnächst werden die Tarifverhandlungen beginnen wegen der Erneuerung des Reichsmanteltarifvertrages für die deutschen Gemeinden. Auch hierbei müssen wir uns darauf gefaßt machen, daß es ungeheuer schwer sein wird, Verbesserungen durchzusetzen, wobei wir ganz davon absehen, ob nicht auch von dieser Seite sogar Verschlechterungen vorgeesehen sind.

Wir freuen uns, daß es gelungen ist, den Kampf von unseren Kollegen abzuwenden. Er würde den Betroffenen große Opfer und Entbehrungen auferlegt haben, selbst dann, wenn er mit einem vollen Siege gendigt hätte. Diese Opfer und Entbehrungen sind den Kollegen erspart geblieben. Dem gegenüber fällt die Zahlung der verlangten vier Doppelbeiträge doch gar nicht ins Gewicht. Wir sind uns auch dessen gewiß, daß bei dem vollen Kampfe die daran nicht beteiligten Kollegen diese verlangten Extrabeiträge zur Unterstützung der kämpfenden Kollegen gern und willig gezahlt hätten. Wir sehen keinen Grund, warum das jetzt, wo uns der Kampf erspart geblieben ist nicht ebenso geschehen sollte.

Lieben wir deshalb aus diesen Verhandlungen den Schluss: Auch in Zukunft stehen wir treu und fest zum Verband und sind bereit, alles daran zu setzen, ihn nach außen und innen zu stärken.

Hoch die Einigkeit und Opferwilligkeit der christlich organisierten Arbeiterschaft.

Streiks und Aussperrungen im Jahre 1919 in Deutschland.

Die amtliche Zusammenstellung der Streiks und Aussperrungen im Jahre 1919 ist soeben veröffentlicht. Wirtschaftliche Kämpfe werden nun leider einmal nicht ganz zu vermeiden sein. Demgegenüber steht aber die Tatsache, daß durch viele Streiks eine derartige Schwächung unserer Volkswirtschaft eintritt, die letzten Endes die direkten Folge ist, die die Ausstände zum großen Teil für die beteiligten Arbeitnehmer im Gefolge gehabt haben, wieder aufhebt. Der Ausbau unseres Einigungswesens, um die Kämpfe auf das unbedingt notwendige Maß zurückzuführen, ist daher eines der ersten Gebote der Stunde. Die Streikstatistik teilt die Streiks ein in wirtschaftliche und politische Streiks und die Streikenden in gewerbliche Arbeiter in weiterem Sinne, land- und forstwirtschaftliche Arbeiter und U. a. gestellte.

Die umfangreichste Gruppe der Streiks bilden die wirtschaftlichen Streiks der gewerblichen Arbeitnehmer. Ihre Zahl beträgt 3882. Davon waren 342 Prozent Angriffstreiks. Von den Streiks wurden nicht weniger als 3225 Betriebe, von denen 910 Prozent hilfslos gelassen wurden, betroffen.

In Arbeitstagen war infolge Streiks ein Ausfall von 32 463 000 Tagen zu verzeichnen, wozu noch 620 000 Tage kommen, die durch Aussperrungen verloren gingen. Die durchschnittliche Streikdauer betrug 9,4 Tage, sie war somit geringer als in den Jahren 1909 bis 1913. Begründer ist die kürzere Streikdauer in der radikalen Stilllegung der Betriebe und in der Möglichkeit, die höheren Löhne auf den Preis der Ware draufzuschlagen. Beteiligt waren an den Streiks fast 2 Millionen Arbeitnehmer. 82,5 Prozent der Streiks hatten einen vollen bzw. teilweisen Erfolg. Nach Kampflagen geordnet entfielen allein auf Preußen 64,5 Prozent aller wirtschaftlichen Streiks. Von den außerpreussischen Ländern sind als von Streiks hart heimgesucht insbesondere Sachsen, Bayern, Baden, Hessen und Hamburg anzuführen. In der Hauptsache wurde wegen Lohnforderungen gestreikt (2850 mal), weniger oft wegen Verkürzung der Arbeitszeit (479 mal); an sonstigen Gründen seien noch genannt: Wiedereinstellung entlassener Mitarbeiter, Entlassung von Arbeitern und Vorgesetzten, Anerkennung der Arbeiterausschüsse, Abkündigung der Attributarbeit usw.

Ein besonderes Kapitel bilden die politischen Streiks, deren wir im Jahre 1919 eine ganze Reihe zu verzeichnen haben. Streiks aus politischen Gründen können in der bewegten Revolutionszeit, in der wir heute leben, nicht grundsätzlich, unter allen Umständen als sittlich unerlaubt und vom moralischen Standpunkte aus als verwerflich erachtet werden. Es kommt hier auf die Ursache an und ob die Erfolge auch im richtigen Verhältnis zu den schwereren Nachteilen stehen. Von diesem Gesichtspunkte aus betrachtet kann die christliche Arbeiterbewegung der übergroßen Anzahl der politischen Streiks keine Berechtigung verkennen.

Aus politischen Gründen wurde im Jahre 1919 809 mal gestreikt. In Mitleidenschaft wurden 12865 Betriebe gezogen, von denen 10721 vollkommen stillgelegt wurden. Die Höchstzahl der gleichzeitig Streikenden betrug 2,6 Millionen; der Verlust an Arbeitstagen wuchs auf 12,9 Millionen; 87 Prozent aller politischen Streiks spielten sich in Preußen ab. Innerhalb Preußens war das politische Streikheer am stärksten in Berlin. Mehr als die Hälfte aller politisch Streikenden mit gleichfalls mehr als der Hälfte der durch politische Streiks verlorenen Arbeitstage, sowohl für Preußen, als auch für das Deutsche Reich, traf auf den Stadtkreis Berlin. Interessant ist es, die Gründe und Anlässe der politischen Streiks näher kennen zu lernen. Als solche wurden angegeben: der Tod Liebknechts, die Beerdigung der Frau Rosa Luxemburg, ein politischer Nationalfeiertag in Oberschlesien, Erziehung des Kommunistenführers Bedwin in München, Errichtung einer Räterepublik, Anerkennung der Betriebsräte und Verankerung des Betriebsrätegedankens in der Verfassung, Sozialisierung, Freilassung politischer Gefangener, Aufhebung des Belagerungszustandes, Abberufung des Polizeipräsidenten Eichhorn in Berlin (wodurch allein 2,4 Millionen Arbeitstage verloren gingen; das war dieser „edle Charakter“ auch wert!), gegen die Unterdrückung der russischen Gegenrevolution durch die englische und französische Regierung.

Eine neue Einteilung waren die Streiks in den landwirtschaftlichen Betrieben. Die Statistik weist 133 wirtschaftliche und einen politischen Streik mit 22 betroffenen Betrieben und insgesamt 2455 Beschäftigten auf. Beachtenswert ist, daß von diesen 93 Betrieben 648 vollkommen stillgelegt wurden. Vom rein gewerkschaftlichen Stand-

punkte gesehen, wird man doch die Empfehlung nicht los, daß ein Teil der Landarbeiter, die jedoch erst in die gewerkschaftliche Organisation aufgenommen sind, nicht so den richtigen Gebrauch von diesen neuen Rechten zu machen in der Lage waren. Ohne Zweifel hat auch der Starrsinn und das unkluge Festhalten der landwirtschaftlichen Arbeitgeber an überlebten Zuständen, unter dazu beigetragen, daß keine zufriedenstellende friedliche Einigung zustande kam. Bei der großen Bedeutung, die ein geregelter Gang der landwirtschaftlichen Betriebe für die Ernährung des gesamten Volkes haben muß aber versucht werden, gewaltigen Störungen möglichst zu vermeiden.

Angeleistetenstreiks, früher eine unbekanntere Erscheinung, waren im Berichtsjahr insgesamt 185 wirtschaftliche und 2 politische zu verzeichnen. Betroffen wurden 4116 Betriebe, von denen 2011 mit 454500 Beschäftigten vollkommen stillgelegt wurden. Arbeitstagen gingen fast 2 Millionen verloren. Die Höchstzahl der gleichzeitig Streikenden betrug 152708.

Der Schaden, der durch diese Kämpfe beiden beteiligten Parteien sowohl wie der Volkswirtschaft hieraus erwachsen, ist nicht zu berechnen. Diesen „Aurus“ können wir uns in der Folgezeit, bei der Verarmung unserer ganzen Wirtschaft ab nicht in diesem Umfange erlauben, wenn nicht die Gesamtheit, insbesondere auch die direkt Beteiligten, daraus einen ganz erheblichen Schaden erleiden sollen.

Zwei Mittel sind hiergegen anzurufen: Erstens ein weiterer Ausbau unserer Schlichtungsorgane und zweitens die gewerkschaftliche Durchbildung der organisierten Arbeiterschaft. Letztere wird die Arbeitlichen davor bewahren, blindlings einigen radikalen und verantwortlichen Schreibern zu folgen.

Was ist Gewerkschaftsarbeit?

In Natur und Leben hat die verkörperte Kräfte nicht gleich und die neu schaffenden. Der Kolossus zernagt die alten Gebäude; er schreiet seine neuen. Der Geist will die alte neue Gedanken führen; die neuen bilden er nicht. Es auch konnten die revolutionären Kräfte wohl die politischen Parteien und Parteigruppen, um Luft und Raum zu schaffen für die Entfaltung neuer Lebensformen; doch diese selbst vernichten sie nicht zu gestalten. Dilettanten müssen sie nach dem Geist, den sie verneinten, Umschau halten, wenn es gilt, neues Leben zu erwecken.

Der Staub des Zusammenbruchs, der mit seinem Modergeruch und dem Atmen erschwert, beginnt sich zu vertreiben, und in das Licht rückt Licht und Gestalt des Gelebten. Das Fundament — es steht! Noch steht es, obwohl es in der Verwirrung des Zusammenbruchs nicht an Berufen gefehlt hat, auch dieses zu sprengen. Noch steht es, allen Erschütterungen zum Trotz, wie für Zeit und Ewigkeit gemauert. Altem, noch stehen auch gebirgige Säulen hier und da, die über Nacht stürzen und dadurch neues Licht anrichten können. Manche morschen Reste bieten noch immer der Felsung breite Angriffspunkte. Denn der Hausbau ist ratter nicht. Und so besteht die Gefahr, daß, wenn die Erneuerungsbewegung jeder nach seinem Streben zu seinem Vorteil rasch vollenden will, zum Schaden des Gesamtwerkes die tranken Stellen übersehen und nicht befestigt werden. Wohl sind schon viele Arbeitskräfte am Werke, während andere mühsam sind, weil sie wissen wollen oder fühlen, daß die Arbeit doch vergebens sei, weil nach einer Zeit die schädlichen Folgen sich aufs neue zeigen würden. Was steht man, wie vermagst die Dinge sich neu zu gestalten beginnen. Doch fehlt in allem der einheitliche Plan. Hier baut man auf, auf eigene Faust — dort reißt man nieder. An anderer Stelle wieder bleibt, was kaum begonnen ist, unvollendet liegen. Der eine will nur nach seinem allseitigen Vorteil die Dinge gestalten, der andere richtet sich in seinem halberhaltenen Winkel ohne Rücksicht auf seine

Nachbarn und auf das Wohl der Gesamtheit hin. Dieser will gar die unglücklichen Massen planlos aufeinanderstürzen, immer damit mit Theorien, für die er keine bewährten Steine hat. Es fehlt der Geist, der die roten Kräfte lenkt, und der die Massen organisch ineinanderfügt, die Bausteine bauen verbindet.

Was ist zu tun? Was ist Gewerkschaftsarbeit? Es ist nicht schwer, aus dem vorfindigen Leben der Gewerkschaftler selbst eine Lehre auf die Reorganisation, den Aufbau des gesellschaftlichen Lebens anzunehmen. Ist es wahr, daß das alte Gesellschaftssystem zusammengebrochen ist, weil es nur durch materielle Gewalt zuletzt noch aufrecht erhalten wurde, seine einzelnen Glieder nicht mehr durch den Geist der Liebe und Zusammengehörigkeit miteinander verbunden waren, weil der Geist des Christentums ihm fehlte? Dann ist es auch wahr, daß manche Reste, die von dem alten System sich noch erhalten haben, ebenfalls morsch und wurmartig sind, und daß sie darum entfernt und ersetzt werden müssen. Denn auch der Maurer geht dem Hausbau nach bis auf den Grund. Er legt den letzten angefränten Balken frei. Und wer ihm dabei, im Wege ist, der muß den Platz räumen, und dann, wenn irgendwer sich auf einen alten und verfallenen Mauerblock stützt, der Mauerer Auftrag leitet den Arbeiter bei seiner Arbeit. Doch geht er nicht mit Gewalt zu Werke. Er jehont und nimmt Rücksicht, wie er kann. Er läßt seinen Balken, seinen Träger, für den er nicht zuvor schon stärkeren Ersatz geschaffen hätte, damit nicht andere Teile in Gefahr geraten, einzustürzen und durch ihren Fall wieder andere Teile zerstören. So schreitet seine Erneuerungsbewegung von Tag zu Tag friedlich fort. Und ohne große Störung kommt auch er nach dem vorbestimmten Plane zum Ziel, wenn er nicht rastet, sondern mit Fleiß und Fleißhaft arbeitet.

Im Werk denn, ihr Gewerkschaftler! In die Gewerkschaftsarbeit. Verfühen konnte die Revolution. Damit hat sie ihre Mission erfüllt. Doch die geistige Konstruktion, die unmöglichen Trübsal, die hat heute jedes Gesellschaftssystem aufrecht erhalten, und ohne die ein jedes zusammenbrechen

muß, die veranlaßt sie nicht zu drängen. Es stehen ist von anderer Art, weil sie andere Gefühle in eure Arbeit untermauert, denn es richtet hoch, frohst empor. Eure Arbeit ist nicht nach einem höheren Meisters Plan, es ist erst durch die menschlichen Berechnungen, die richtige Verteilung und das sichere Gleichgewicht. Kräfte, wonach ihr hier bauen werdet. Es müßt auch im Wege steht, wie auch bisher haben will, den überwindet. Tod der Kost und Sand nach seiner Kraft an eurer Seite teilnehmen will, der ist willkommen.

Ans Werk, Gewerkschaftler! Eure Arbeit drängt! Und sie ist heilig! Die überweltliche Revolution, die für den dritten Stand die höchste Freiheit des Erwerbes brachte, jetzt die Sicherung des Erwerbes die Zukunft der Privilegien ist heilig und heiligt sie an die Revolution des vierten Standes, der ein heiligeres Gut zu schützen und seine Rechte zu sichern: Die Arbeit ist heilig! Das muß die Lösung sein, das muß die Richtschnur sein der Verantwortlichkeit und Leben, in Wirtschaft und Glauben. Wie die Franzosen einst von Europa die Barocke das Mandat der „Friedlichen Durchdringung“ bekamen, das heißt, daß sie nicht mehr durch Gewalt das Land erobern und doch in neuer Land seine Schätze der Menschheit nutzbar machen sollten, so ist auch euch der Auftrag zu geben, die Arbeit das langentbehrte Gut zu schaffen, nicht mit der roten Waffe, sondern mit friedlicher Durchdringung und doch mit allen Wägen, damit der Tag der Arbeit allen sein werde. Wer ihn verschmäht, und wer von ihm kein Licht nicht lassen will, für den ist auch Land zu ihm, er mag in einer anderen Welt ein Königreich suchen und seinen Namen dort errichten. Wie aber bleiben dabei, denn das ist das Land, und seine Schätze, auf die sind die deutschen Wälder und die Äcker, die Seen und die Täler, die Seen und die Flüsse. Hier ist die Arbeit unserer Stunde und die Kraft des deutschen Geistes. Umreißt das Reich und die Verlässlichkeit des unglücklichen Deutschland! (H. „Aufbau“, Mitteilungsblatt des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Düsseldorf.)

die Gewerkschaften zu einem stark be-
stimmten Faktor im Wirtschaftsleben machen.
Es wird es dann auch gelingen, berech-
tigte Forderungen auch dann durch Ver-
ordnungen durchzusetzen, wo bisher nur die
Recht die Entscheidung brachte.

Wie steht es mit der Lebensmittel- versorgung?

Diese Frage schwebt auf aller Lippen und
drückt sich mit Bangen den Wintermonaten
hin. Es ist deshalb anzunehmen, das zu-
kunftige einiges über unsere Ernährungs-
lage zu sagen. Lassen wir ganz objektiv die
Tatsachen reden. Unsere Ernährungslage
hatte sich folgendermaßen:

Bezüglich der Getreideversorgung steht
in diesem Jahre etwas schlechter als im ver-
gangenen Jahre. Die Ernte wird nur auf sieben
Millionen Tonnen geschätzt, gegen 8% im Vorjahre
und neun Millionen Tonnen im Jahre 1915.
In der 1. Hälfte des Jahres wurden 1,1 Millionen
Tonnen geerntet, im 2. Halbjahre 2,5 Millionen
Tonnen. Die Versorgung der Bevölkerung zur
Erhaltung der Gesundheit wird durch die
Ernte sehr ungünstig gehalten. Bis zum 24.
September erlagte die Reichsgetreidekasse nur
1,1 Millionen Tonnen Vorräte gegen 1,9 Millionen
Tonnen im gleichen Zeitpunkt des Vor-
jahres. Mag man auch einige Ernährungswissenschaft-
ler dazu zwingen lassen, so muß doch gesagt
werden, daß die Landwirtschaft ihre Pflicht nicht
erfüllt hat. Sie hält Getreide zurück, um es zu
verkaufen, weil sie hohe Stückpreise erzielt
hat, um es im Getreidehandel für einen höheren
Preis zu verkaufen. Das ist tief bedauerlich.
Die Landwirtschaft trägt deshalb eine große
Verantwortung. Die Folge der schlechten Er-
nte ist, daß wir bedeutend mehr Getreide
aus dem Ausland einführen müssen. Eine
Million Tonnen sind schon bestellt und 1,5 Mil-
lionen Tonnen müssen noch gekauft werden.
Die Lage des Reichs ist nicht einen Zuschuß von
mehreren Milliarden Mark geben, dann müßten
wir das Brot mit dem dreifachen Preise be-
zahlen.

Die Kartoffelablieferung ist eine bessere
als im vergangenen Jahre. Bis zum 19. Novem-
ber wurden rund 22 Millionen Zentner ange-
liehert, in der gleichen Zeit des Vorjahres nur
10 Millionen Zentner. Wir stehen bezüglich der
Ablieferung betrüblich so günstig wie im Jahre
1915, also noch die Ablieferung aus Polen,
Schlesien und Elsaß-Lothringen mitgerechnet
zu 22 Millionen. Bisher hat die Aufhebung der
Landwirtschaft und damit die Preissteigerung
vorwiegend auf die Landwirtschaft gewirkt, mehr
auf den Viehhandel zu bringen. Deshalb
kann man weniger über die Mengen als über
den hohen Preis zu beklagen.

Das Vieh- und Buttererzeugung ist
in der letzten Zeit trauriger Kapittel. Durch den Krieg
sind unsere Viehbestände gelichtet und durch
den Mangel an Futter ist das Vieh abgemagert.
In diesem Jahre die verheerend wir-
kenden Maul- und Klauenseuche und dazu noch
die Maul- und Klauenseuche und dazu noch
die Maul- und Klauenseuche auf der Ablieferung von Vieh
zu sehen. Das alles zusammengekommen läßt
erwarten, daß wir nicht einmal
das Vieh haben, um unsere Kranken, ver-
wundeten und sterbenden Mutter und Kinder mit
einigermaßen ausreichenden Mengen Milch
zu versorgen. Würde uns nicht in der letzten

Welle des Auslands mit der Lieferung von
Büchsenmisch beschifflich gewesen sein, so stände
es noch weit trauriger. Das muß auch der Cen-
trale bekannt sein. Wenn sie trotzdem auf die
Kleierung der 300.000 Milchfüße besteht, so ist
das schändlich und kommt einem beabsichtigten
Rassentörmern gleich.

Die Fleischversorgung hat unter den an-
gegriffenen Umständen auch zu leiden. Es ist zwar
in der letzten Zeit mit der Ablieferung etwas
besser geworden. Das ist zweifellos darauf zu-
zuführen, daß am 1. Oktober die Zwangs-
wirtschaft für Fleisch aufgehoben wurde. Da-
durch stieg der Preis und weil die Händler auf
dem Lande für Vieh jeden Preis ansetzen, lassen
sich die Landwirte dazu verleiten, ihr Vieh zu
verkaufen. Es ist jetzt festgestellt, daß man sogar
des schändlichen Kammons willen hochtragende Kühe
dem Metzger anliefern.

Die Öl- und Fettversorgung ist auch
sehr schlecht. Infolge der Aufhebung der Zwangs-
wirtschaft für Margarine, Kunstspeise, sowie
Speisefett, Schmalz und Speiseöl kann man die
Ablieferung als befriedigend betrachten.

In erwähnten W noch die Zuckererzeu-
gung. Sie hat sich in diesem Jahre ungünstiger
gestellt. Die Weltproduktion ist von 1912 bis
1920 um 2,8 Millionen Tonnen zurückgegangen
während der Bedarf stieg. Im Jahre 1919/20
hatten wir nur eine Verbrauchsunterdeckung
von 70 Millionen Zentner. Der Anstieg aus
der kommenden Zuckerernte wird auf etwa
20 Millionen Zentner geschätzt. Deshalb
gibt es alles, um den Rübenbau zu fördern,
damit wir vom Auslande unabhängig werden.
Deutschland, das vor dem Kriege viel aus Aus-
land abließerte, ist jetzt gezwungen, Zucker ein-
zuführen. Man hofft, daß in absehbarer Zeit
die Zuckerproduktion in Deutschland wesentlich
steigt.

Damit wäre die Versorgung der Bevölkerung
mit den wichtigsten Lebensmitteln (Korn,
Milch, Öl, Reis, Kartoffeln, Hülsenfrüchte,
Fleisch) als unterlegen nicht mehr der
Zwangsirtschaft. Die Versorgung gestaltet sich
wesentlich günstiger. Die Bevölkerung ist nicht
mehr auf den Getreidehandel angewiesen. Aller-
dings ist die Lage jetzt die ausschlaggebende
Rolle, weshalb dem Preisproblem unsere Auf-
merksamkeit mehr zuzuwenden ist. Hoffen wir,
daß wir auch diesen Winter ohne Erschütterung
überdauern.

Christlich-nationale Arbeiterbewegung und christliche Theaterbewegung.

Der X. Kongress der christlichen Gewerkschaften
in Offen hat einstimmig folgende Entschließung
angenommen:

„Die neuere Entwicklung des deutschen Theater-
wesens, die Umbildung des Geschäftstheater zum
Gemeinschaftstheater sowie die vom Kongress
geforderte Kommunalisierung des Theater, Licht-
spiel- und Schauspielwesen, macht eine plan-
mäßige Förderung der im Bühnenvolksbund
organisierten christlichen Theaterbewegung zur
dringenden Pflicht. Der X. Kongress der christ-
lichen Gewerkschaften fordert alle Gewerkschafts-
parteien auf, die Arbeit des Bühnenvolksbundes,
insbesondere die Bildung der Theatergemeinden
zu unterstützen, durch die der christliche Einfluß
auf die wichtigsten Kulturgebiete errungen, die
geistige und sittliche Erneuerung des Theaters
erzielt und dem christlichen Volke die Teilnahme
am Kunstleben ermöglicht werden soll.“

Gleichzeitig erläßt das Direktorium des
Bühnenvolksbundes folgenden Aufruf:

Aufruf an alle die mitmachen wollen an der
christlichen Zukunft des deutschen Volkes.

Der Zusammenbruch der materiellen Welt
folgte auf den Zusammenbruch des Geistes.
Dem Wiederaufbau muß die geistige Erneuerung
vorausgehen. Sie ist nur möglich aus den
kulturellen Kräften des Christentums. Christ-
licher Geist muß alle Eiferungen unseres Lebens
durchdringen. Haben wir nicht selbst auf wich-
tigen Gebieten völlig versagt und sind dadurch
mischfüßig geworden? Was taten wir, um dem
Einsinken einer gottabgewendeten Lebens- und
Weltanschauung in die wichtigsten Gebiete des
Gemeinschaftslebens zu wehren? Überließen
wir das Theater nicht völlig den Feinden unserer
Weltanschauung?

Hunderttausende stehen heute im Kampfe um
den christlichen Charakter der Schule. Der Kampf
um das Theater ist mindestens von der gleichen
Bedeutung. Und doch stehen dieselben Hundert-
tausende der Theaterstage noch immer verständig-
los und ohne Teilnahme gegenüber. Theater?
Auch viele von ihnen bewerten es nur als Stille
der Unterhaltung und des Vergnügens, als
als Welttheater des Gemeinschaftslebens.

Kassenorganisationen entstehen als Träger des
Gemeinschaftstheaters der Zukunft. Es verbin-
den sich die alten Nachhaber des Theaters mit
den sozialistischen Organisationen. Neutrale
Zwischenorganisationen werden keinen Bestand
haben. Auch mit den alten Volkshilfsvereinen
ist das Theaterproblem nicht zu lösen. Um die
Banner der Weltanschauungsgruppen sammeln
sich heute zum geistigen Kampfe. Es geht um
den Charakter, um die Gesinnung und das Ethos
des werdenden Theaters. Gelingt es uns nicht,
unseren Bühnenvolksbund auf diese Entwicklung
einzustellen und gelangt es uns nicht, die Be-
sonnenheit zu wecken für die zukünftige Bedeutung
des deutschen Bühnen als eines Mittelpunktes
des kulturellen Lebens, dann wird diese Ent-
wicklung über uns hinwegschleichen und wir
werden uns nicht zu helfen haben, wenn das
Theater ein gewaltiges Machtmittel in den
Händen der Gegner sein wird. Dann werden
wir der Möglichkeit, aus der Fülle christlicher
Weltanschauung heraus schöpferisch und zukunfts-
weisend zu wirken, an einer Stelle beruht sein
von der tiefste und nachhaltigste Wirkung auf
die geistige Entwicklung des Volkes ausströmen
kann. Nicht durch Vermehrung des Wissens, sondern
durch gemeinsames Erleben kultureller Werte,
die sich allen erschließen, die im Boden gleicher
Weltanschauung wurzeln, werden wir ein Kultur-
volk und können die unglückselige Zerrissenheit
unseres geistigen Lebens und die soziale Zer-
stückelung Deutschlands überwinden.

Zu diesem Zweck rufen wir alle Gesinnungs-
genossen in Stadt und Land auf. Im Bühnen-
volksbunde fördern alle Kräfte zusammen, die
zur positiven Lösung in der dramatischen Lite-
ratur, auf der Bühne, in der Kunstszene
und zur aktiven christlichen Theaterpolitik
drängen. Trotz der beispiellos raschen Ent-
wicklung unseres Bundes stehen wir noch am
Anfange. In allen Städten müssen Ortsaus-
schüsse des BVV und unserer Theatergemeinden
entstehen, in denen alle christlichen Kreise zu-
sammengeschlossen werden.

Opferkann muß sich auch hier bewähren. Wir
waren nicht gewohnt, für Theaterpflege Beiträge
zu zahlen und Stiftungen zu machen. Lassen
wir uns davon überzeugen, daß jetzt alles darauf
ankommt, die christliche Theaterbewegung auch
finanziell zu kräftigen, daß sie den großen An-
forderungen, die im ganzen Reich an sie gestellt

wenden, gerecht wird. Mitgliedsbeiträge (M. 18.— im Jahr) und Stiftungen (einmalig M. 200.—) für unsere Arbeit erbitten wir auf das Postfach-Konto Frankfurt a. M. 42067 (Generalsekretär Gerstl).

Das Direktorium des Bühnenvolksbundes E. B. Vereinnigung zur Theaterpflege im christlich-deutschen Volksgelst.

In allen Orten muß dieser Aufruf bei der christlichen Arbeiterschaft ein lebhaftes Echo werden. Insbesondere die Ortsstellen werden es sich angelegen sein lassen, zusammen mit der Zentralkasse des Bühnenvolksbundes Frankfurt a. M., Eisener Hand 35, die Einführung der BVB-Organisation zu betreiben. Hier gilt es. Neuland zu erobern.

Vorbewegungen und Tarifverträge.

Die Lohnverhandlungen mit dem Arbeitgeberverband der Gemeinden in der Bezirke Rheinprovinz.

Die am 18. Dezember in Köln stattgefunden, sind noch nicht zum Abschluß gekommen. Seitens der beteiligten Arbeiterorganisationen war der Lohnstarif zum 31. Dezember 20 getündigt. Die neu gestellten Forderungen lauteten: 1. Erhöhung der Stundenlöhne um 50 Pf., 2. Erhöhung des Kindergeldes auf 60 Mark pro Monat. Eine Einigung kam aber über diese Forderungen nicht zustande. Verebartet wurde lediglich, daß nach dem jetzt gültigen Lohnstarif die Löhne auch über den 1. Januar hinaus vorläufig berechnet werden sollten. Dagegen sollte die unbefristete Berechnung nach dem neuen Tarif ab 1. Januar 1921 erfolgen. Die nächsten Verhandlungen sollen am 4. Januar stattfinden.

Die neuen Löhne im Bezirk Oberfeld.

Durch Spruch des tariflichen Schlichtungsausschusses vom 20. Dezember wurden die Löhne ab 1. Januar 1921 wie folgt festgesetzt:

Gruppe 1:	M. 4.45—4.85
" 2:	" 4.25—4.65
" 3:	" 4.05—4.45
" 4:	" 3.85—4.25

Der Antrag, den Prozentlohn für jugendliche Arbeiter auf 50% zu erhöhen, wurde abgelehnt. Die Kindergeltdung beträgt:

Ortsklasse 1:	2—M.
" 2 u. 2a:	1.75 "
" 3:	1.50 "
" 4-7:	1.25 "

Die Lohnverhandlungen mit den Städten Oberfeld und Barmen zeigten folgendes Ergebnis. Vom 15. Dezember 1920 werden die Löhne der städtischen Arbeiter und Arbeiterinnen wie folgt festgesetzt:

Gruppe 1:	M. 6.27—6.67
" 2:	" 5.97—6.17
" 3:	" 5.67—5.97
" 4:	" 5.37—5.67
" 5:	" 5.04—5.14

Die jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen unter 19 Jahren erhalten	90%	} der Löhne der für sie zuständigen Gruppe.
" 19 "	80%	
" 18 "	70%	
" 17 "	60%	
" 16 "	50%	
" 15 "	40%	

Wer bisher schon höheren Lohn, als hier angegeben erhält, besteht diesen vorläufig weiter. Außerdem erhalten die vollbeschäftigten Arbeitnehmer und alleinige Ernährer der Familie für den Arbeitstag ein Hauskandgeld von M. 2.—

Das tariflich festgesetzte Kindergeld bleibt bestehen.

Die von der Stadt angenommenen stundenweise beschäftigten Arbeitnehmer, soweit sie alleinige Ernährer der Familie sind, erhalten bei einer Beschäftigungsdauer von mehr als 30 Stunden $\frac{1}{3}$ des 18-35 Hauskandgeldes, weniger als 18 " $\frac{1}{3}$ seines Zulage.

Zusatzzulage für Wegewärter des Kreises Sildersheim.

Auf unsere Eingabe an den Kreisrat ist hin, hat dieser beschlossen, den Wegewärtern eine Beihilfe im Betrage von 150 M. zu gewähren. Die Deckung soll aus den Einnahmen für Obst genommen werden.

Arbeiterbewegung.

Der 12. Kongreß der christlichen Gewerkschaften war eine Tagung, die die allergrößte Beachtung nicht nur seitens der Regierung, der politischen Parteien, der sozial interessierten Kreise und der Presse gefunden hat, sondern auch weite Kreise des deutschen Volkes haben ihn seiner Bedeutung für den Wiederaufstieg unseres Volkes und unserer Wirtschaft wegen mit Aufmerksamkeit und teilweiser lebhafter Zustimmung verfolgt. Wenn auch die dort gemachten Ausführungen und angenommenen Beschlüsse nicht immer reifliche Zustimmung gefunden haben, so war doch im großen Ganzen das Besprechen zu erkennen, ihn schließlich zu würdigen. Ausnahmen hiervon machten nur verschiedene Organe der sozialistischen Arbeiterbewegung. Unter anderem berichtigte auch die „Gewerkschaft“ über den Kongreß, da er nur doch einmal nicht tatgeschwiegen werden konnte. Aber in einer Weise, die ziemlich deutlich zeigt, daß der Verfasser des Berichtes entweder gar nicht in der Lage ist, den Kongreß in seiner Gesamtercheinung richtig zu verstehen oder aber er versucht absichtlich, durch das Herausstellen mangelnder Mängel, die nur im Zusammenhang mit dem übrigen zu verstehen sind, seinen Lesern ein verkehrtes Bild zu zeigen. Bei dem ständigen Verlauf sämtlicher sozialistischen Tagungen, die fast reiflich mit einem großen Krach und einem Stand und Streit in den eigenen Reihen endeten, ist es schon verständlich, wenn er an dem ruhigen Verlauf und dem hohen sittlichen Ernste, von dem die Verhandlungen getragen waren, Anstoß nimmt. Verdrängerung und Unfähigkeit sind aber noch immer recht schlechte Berater gewesen.

Aber nicht alle Sozialisten haben in diese Kerbe. Der bekannte sozialdemokratische Führer Dr. August Müller, Staatssekretär a. D., schreibt am 27. 11. 20 im Solinger Tageblatt:

In dem preussischen Wohlfahrtsminister Stegerwald haben die christlichen Arbeiter einen Führer, der vielleicht der haarsmännichste Kopf unter den deutschen Arbeitern aller Richtungen ist. — — — Aber auch wenn man sich lediglich auf die Manifestation der Essener Versammlung beschränkt, muß man zu dem Schluß kommen, daß dem Stegerwaldischen Gedanken stark Erfolgsmöglichkeiten winken. Die christlichen Gewerkschaften haben ihre Mitgliederzahl von 350 000 vor dem Kriege auf annähernd 2 Millionen gesteigert. Sie haben tüchtige Führer — — — usw.

Die USV. „Freiheit“ Berlin schreibt in der Nummer 498, — 1920:

„Kag der Kongreß zu Ende gehen wie immer. Mögen seine Beschlüsse im einzelnen so oder so ausfallen, er hat das Verdienst,

die Bedeutung der christlichen Arbeiterbewegung in Deutschland von neuem ins Gedächtnis zu rufen.“

Diese beiden Urteile aus gegnerischem Lager sind rechts- sowohl als linkssozialistischer Seite schon, ohne daß man die unzähligen Teile aus mehr oder weniger befreundeten Kreisen anführt, was wir von dem Kongreß halten haben. Er ist ein Glanzpunkt in der Geschichte der christlichen Gewerkschaftsbewegung und hat für eine lange Zukunft maßgebende Richtlinien für unsere gewerkschaftliche wirtschaftliche Tätigkeit gesetzt.

Karl Legien †. Mit Karl Legien ist am 26. Dezember 1920 der erste Vorsitzende sozialdemokratischen Allgemeinen Gewerkschaftsbundes aus dieser Zeitlichkeit geschieden. „Born“ nennt den Entschlafenen, der ein Alter von 59 Jahren erreichte, den „hervorragenden Kämpfer und Führer der deutschen Gewerkschaftsbewegung“, und der Parteivorstand der Mehrheitssozialisten, zu denen Legien sich selbst betont, daß die Einheit der gewerkschaftlichen und der politischen Arbeiterbewegung in Europa die stärkste Verdrängerung gefunden habe. Ob Zweifel war Legien ein tüchtiger Organisator und genialer Taktiker. Seit 1880 stand Legien an der Spitze der sozialdemokratischen Gewerkschaften. Dem Reichstage gehörte er seit 1891 mit einer fünfjährigen Unterbrechung an dem linken Flügel der Reichstagssozialisten, während er es Legien bisher gelungen, auseinander treibenden Elemente in den Gewerkschaften notwendig zusammenzuführen. Daß Legien gerade in diesen für die sozialistischen Stunden von seinem Posten abberufen wurde, wird zumal für seine Gesinnungsgenossen schmerzhaft sein. Für das was der Entschlafene in seiner jahrzehntelangen Tätigkeit für die Arbeiterchaft allgemein getan hat, soll ihm von unserer Seite über das Grab hinaus Dank gesagt sein.

Aus den Ortsgruppen.

Die Kollegen Strahndahner von der Ortsgruppe Hannover bitten um Berücksichtigung nachfolgender Zeilen.

Das alte Jahr geht zur Reize und wir erinnern wir uns noch einer Schuld, die wir gern begleichen möchten. Als im August d. J. das Jahr dauernde Streik in Hannover ausgebrochen war über dessen Ursache ich unterrichtet seid, wandten wir uns in unserer Not auch an Euch. Wir fanden sofort ein williges Ohr. Für diese Opferwilligkeit in den schweren Wochen allen Kollegen herzlichen Dank. Ein besonderes Wort des Dankes den Vertrauensleuten, welche gewiß manchmal unter Schwierigkeiten die Sammlung vornahmen. Möge alles der Gedanke stets vor Augen sein, daß die Not mancher Familie geindert, die Tränen manch sorgender Mutter getrocknet haben. Ein inniges „Gegelt's Gott“. Möge dieses Bewußt sein jedem der opferwilligen Kollegen Freude und Dank zugleich bereiten.“

Die „Ortsgruppe Köln der Vertriebenen und Betriebsbeamten“ versammelte am 20. 12. 20 ihre Mitglieder im Rudolfsplatz. Der 2. Vorsitzende Kollege Esser, gab in der Einleitung einen kurzen Rückblick auf das an Kämpfen, aber auch an Erfolgen so reiche Gründungsjahr der Ortsgruppe. Kollege Stadterortnerer beh ermittelte einen Bericht über die Essener Tagung des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften. Die Versammelten folgten mit gespanntem Interesse den interessantesten Ausführungen und gaben durch ihren starken Beifall kund, daß sie gewillt sind an der Verwirklichung der von Minister Stegerwald gestellten Forderungen einen tüchtigen Anteil zu nehmen. Gewerkschaftssekretär Balkauf referierte über die jüngsten Ereignisse in der Bewegung und erwähnte hierbei die

die Haftung der Stadtverwaltung, welche die Organisation hatzugeben und damit ermöglicht habe, daß die Beamten und Angestellten noch vor dem Weihnachtseinkauf unterstützt worden seien. Bei der überaus hohen Kostlage entsprächen die ausgefallenen Beiträge zwar nicht dem Bedürfnis, jedoch sei zu erkennen, das man wenigstens bemüht war, Kostlage zu lindern. Auch würde die Organisation es auf ihr Konto buchen, daß den meisten Beamten und Angestellten endlich die Weihnachtsgulage ausgezahlt worden sei. In dem Bericht der unteren Beamten sei durch die Forderung dieser alten und berechtigten Forderung eine gewisse Beruhigung eingetreten. Die Organisation werde sich jedoch nicht damit zufrieden erklären, daß man die Ausgleichung als Diäten bezeichne, sondern es müsse verlangt werden, daß sie zum pensionsfähigen Lohn kommen in Anrechnung Löhne. Weiter wurde Kollege Waltraff, baldige Klarstellung der Fragen der Anstellung mit Beamteneigenen und der offiziellen Anerkennung der Gewerkschaften durch die Stadtverwaltung. Er sprach der Versammlung eine diesbezügliche Entschließung anzunehmen.

Der Antrag auf die fortwährende Verbesserung aller Bedarfsartikel hatte der Vorstand beschlossen, den Mitgliedern eine Erhöhung des Bodenbeitrages von 1,75 M. auf 2,50 M. vorzuschlagen. Der erhöhte Beitrag von 2,50 M. ab 1. Januar 1921 wurde von der Versammlung einstimmig genehmigt. Desgleichen wurde nachstehende Entschließung einstimmig angenommen.

Die am 20. Dezember 1920 im Rudolfsaal abgehaltenen städtischen Angehörigen nehmen eine Stellung gegen die Hinüberschiebung der Anstellung mit Beamteneigenen und erwarten die baldige Klärung dieser für sie so eminent wichtigen Angelegenheit. Eine weitere Verschlechterung wird von den Angehörigen als eine Verletzung der ihnen gelegentlich zustehenden Rechte betrachtet. Wenn den Angehörigen eine baldige Klärung der Beamteneigenen nicht in Aussicht gestellt werden kann, so werden sie auf Grund des Betriebsratsgesetzes ihre eigenmächtige Vertretung im Angehörigenrat beanspruchen.

Seit mehreren Monaten fordert die Ortsgruppe der Verkehrs- und Betriebsbeamten die Anerkennung der Organisation als wirtschaftliche Interessengruppe. Eine Überwindung der Organisationsfrage, darunter 3 Stadtratsmitglieder hatten gelegentlich einer diesbezüglichen Aussprache mit dem Herrn Oberbürgermeister den Eindruck, daß der Herr Oberbürgermeister nicht abgeneigt seien, dem Antrage stattzugeben. Da nunmehr auch der Beamtenauschuß schon seit mehreren Wochen in allen wirtschaftlichen Fragen die Gewerkschaften anerkannt hat, dürfte kein Zweifel sein, daß die Kölner Beamtenwelt auf dem Boden des Antrages steht. Die Verkehrs- und Betriebsbeamten können nicht umhin, ihrem Bestreben Ausdruck zu verleihen, das trotzdem die Anerkennung der Gewerkschaften immer noch nicht erfolgt ist.

Stollberg. Am 8. Dezember d. J. fand eine Versammlung der städtischen Arbeiter statt. In derselben handelte es sich in der Hauptsache um den Abbruch der unsrer Organisation. Der Betriebsratsvorsitzende Kollege Hardt eröffnete die Versammlung und erteilte dem Kollegen Panniers das Wort. In eingehenden Ausführungen schilderte derselbe die Vorteile, welche den städtischen Arbeitern in unserer Organisation erwachsen. Weiter wies er darauf hin, daß die Stadt Stollberg wohl auch dem Arbeitgeberverband des gesamten Gebietes beitreten werde, und die Beschäftigten alldahin zentral geregelt würden. Kollege Hardt dankte dem Redner und ließ alldahin eine geheime Abstimmung vornehmen. Diesbezügliche ergab, daß 28 Stimmen für den Eintritt in unsere Organisation und neun Stimmen dagegen waren. Ein Teil hat sich der Teilnahme enthalten. Demnach wurde die Beschlüsse einstimmig angenommen. Die Beschlüsse wurden mit der Zustimmung der Mitglieder einstimmig angenommen. Die Beschlüsse wurden mit der Zustimmung der Mitglieder einstimmig angenommen.

Am 15. Dez. fand in den Städtischen Wasser- und Gaswerken eine Betriebsversammlung statt, in der als einziger Punkt der Tagesordnung „Organisationsfragen“ behandelt wurden.

Der Vorsitzende des Betriebsrates, Herr Meyerheller, hatte entdeckt, daß sich im Betriebe auch acht christlich organisierte Arbeiter befänden. Mit diesen dürften, so meinte er, die „Genossen“ nicht zusammen arbeiten. Ergänzt wurde Herr Meyerheller durch das Betriebsratsmitglied Verschau, der sich in eine lange Schimpfkanonade gegenüber den gefährlichen christlichen Gewerkschaften erging. Er sprach von selber Gesellschaft, Pfingstgenossen und dergleichen mehr. Nachdem dann auch der Gewerkschaftssekretär Bentsch vom Verbands der Gemeinde- und Staatsarbeiter seinen Teil zur Sache beigetragen hatte, gelang es, eine Zweidrittel-Mehrheit zu bekommen, zu dem Beschlusse, unter keinen Umständen mit den Christlichen zusammenzuarbeiten.

Der Beschluss der Versammlung mittelzeit hat, mußte unwillkürlich den Eindruck gewinnen, daß, wenn die christlichen Gewerkschaftler ihre Mitgliedschaft zu ihrem Verbands nicht aufgeben, wir in Hölle mit einem Wasserstreik zu rechnen haben. Aber erkens kommt es anders und zweitens als man denkt. Alle christlichen Gewerkschaftler der Wasserwerke sind sich bewußt, daß die Kraft des Rechtes hinter ihnen steht. Der Artikel 150 der Reichsverfassung garantiert ihnen volle Koalitionsfreiheit. Durch die §§ 84 bis 87 des B. N. G. geschieht daselbe. — Es steht aber auch fest, daß sich der Betriebsrat dadurch, daß er die christlichen Gewerkschaftler wegen ihrer Organisationszugehörigkeit angegriffen und die gefährlichste Abstimmung veranlaßt, sich einer großen Mißhandlung schuldig gemacht hat. In dem § 66 des B. N. G., Punkt 6, wird dem Betriebsrat ausdrücklich zur Pflicht gemacht, die Koalitionsfreiheit im Betriebe zu schützen. Wenn der Betriebsrat, wie im vorliegenden Falle, das Gegenteil tut, dann handelt es sich zweifellos um einen großen Verstoß gegen die Pflichten, die ihm durch das Gesetz gestellt sind. Es wird darum von dem Magistrat als Arbeitgeber verlangt werden müssen, daß er bei der Unfallsbehörde die sofortige Auflösung dieses Betriebsrates beantragt. Es erscheint dies auch um deswillen geboten, weil in der in Frage kommenden Versammlung der Betriebsrat ausdrücklich erklärt hat, sich an die rechtsgesetzlichen Bestimmungen nicht halten zu wollen.

München (Leuerungszulagen). Am 1. Juli, als der Tarifvertrag zum Abschluß kam, war nicht vorzuziehen, den tatsächlich in der Zwischenzeit eine starke Steigerung der Preise für Lebensmittel und Bedarfsartikel festzustellen würde. Die Tarifkommission gab bei den Verhandlungen ausdrücklich zu Protokoll, daß, wenn in der Zwischenzeit eine starke Preissteigerung zu verzeichnen wäre, es würden die städtischen Arbeiter sich das Recht nehmen, mit Anträgen in irgend welcher Form an den Stadtrat heranzutreten. Diese Preissteigerung ist in den Monaten September, Oktober zu verzeichnen. Am 20. Oktober reichte die Ortsgruppe zusammen mit den anderen Tarifkontrahenten an die Stadtverwaltung den Antrag ein, zur Vinderung der Kostlage der städt. Arbeiter eine einmalige Leuerungszulage zu gewähren. Diefelbe soll betragen: für Bekehrte 600, Ledige 500 und für jedes Kind 100 Mark. Die städt. Pensionisten, bei denen nur allem die Kostlage eine sehr große ist, sollten die gleichen Sätze erhalten wie die städt. Arbeiter. Es dauerte fast einen Monat, bis daß der Stadtrat über die zu gewährende Leuerungszulage in Verhandlungen eintrat. In der Zwischenzeit war das städtische Amt von Seiten des Stadtrats beauftragt, die Preissteigerungen für Lebensmittel und Bedarfsartikel festzustellen. Diefelbe war der Ansicht, daß vom 1. Juli bis 31. Oktober eine Steigerung von 5 Prozent zu verzeichnen wäre. Wir konnten bei den Verhandlungen die Richtigkeit dieser Statistik nicht anerkennen, da tatsächlich eine viel größere Steigerung der Preise für Lebensmittel und Bedarfsartikel zu verzeichnen war. Vor allem wiesen wir nach, daß gegenüber der Aufstellung des städt. Stat. Amtes die des Herrn Dr. Glag aus Frankfurt a. M. gegenübersteht, der feststellt, daß für München vom 1. September bis 1. Oktober ein Mehraufwand durch Steigen der Preise von 25 Mark pro Woche für eine fünfköpfige Familie zu verzeichnen ist. Bei den sich nun anschließenden Verhandlungen wurde folgende Entschluß erzielt. Es erhielten: Bekehrte

zum 300 M., Ledige 200 M., und für jedes Kind für das über schon Kinderzulage gewährt wurde, eine einmalige Kinderzulage von 75 M. Die in den städtischen Anhalten befindlichen Kollegen und Kolleginnen die freie Wohnung und Verpflegung neben ihrem Verdienst haben, bekommen die Hälfte der vorstehenden Sätze. Die Zulage wird ohne Anerkennung einer Rechtsspflicht als außerordentliche Zulage außerhalb des Tarifbeschlusses aus Billigkeitsgründen gewährt. Die Abstimmung über die Leuerungszulage ergab ein häßliches Bild durch Stellungnahme der bürgerlichen Parteien. Am 10. Dezember war bereits eine Einmütigkeit unter sämtlichen Parteien erzielt, dahingehend, den Betrag von 2.450.000 Mark für die Leuerungszulagen bereitzustellen. Bei der Abstimmung über die Annahme derselben wurde offensichtlich versucht, die Sache zu verschleppen. Wenn die bayerische Volkspartei bei der Abstimmung in dieser Angelegenheit sich vollständig gesplittet hat, so liegt dies darin, weil dieselbe im Münchner Rathaus keine Arbeitervertreter besitzt. Wir sehen es ab, Leute als Arbeitervertreter anzuverwandeln, die entweder die Sitzungen regelmäßig schwänden oder denen jeder Kontakt mit der Gewerkschaftsbewegung verloren gegangen ist, auch wenn dieselbe als Sprungbrett für die Aufstellung ihrer Kandidaturen benützt. Unsere Kollegen werden es aber trotzdem durch die Entempelungen der Genossen nicht irreführen lassen.

Für die städt. Pensionisten wurden bemittelt: Bekehrte 600 Mark, Ledige 500 „ Doppelmarken 200 „

Kaufleute beziehende Arbeiter, die in den städt. Urkundenhalten untergebracht sind, erhalten die Zulage nur zur Hälfte ausbezahlt. Soweit die benachteiligte Neuorganisation der Versorgungsverhältnisse der städtischen Arbeiter zur Klärung erhält, werden die gewährt. Besondere für die städtischen Pensionisten ist diese Zulage eine willkommene Gabe, denn sie hat die wirtschaftlich schwachen unter den städt. Arbeitern.

Kolleginnen und Kollegen! Wenn auch unsere Forderungen, besonders für die städtischen Arbeiter, Arbeiterinnen und Hausangestellte nicht voll bemittelt worden sind, so ist mit der Gewährung dieser Zulage wieder mal der Beweis erbracht worden, daß auf die Organisation in der Lage ist, die Kostlage der städt. Arbeiter zu mindern. Denn ohne den Bergaben unter dem Verbands wäre es ungeschicklich gewesen, die Überhand eines außerordentlichen Zulages bewilligt worden wäre. Aus Verbandsnamen können die Kolleginnen und Kollegen erfahren, wie notwendig eine große Organisation ist, um die berechtigten Wünsche zum 1. in durch zu bringen. Wir bitten deshalb den dringenden Appell an die Kollegen und Kolleginnen, tatkräftig mitzuarbeiten am Ausbau der Organisation.

Frankfurt. Am 2. 12. fand hier eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt. Kollege Klug (Frankfurt) sprach über die Beitragsveränderung, wie sie vom Zentralvorstand vorgeschlagen ist. Er schilderte die Notwendigkeit einer starken Kasse im Hinblick auf die schmerzlichen wirtschaftlichen Kämpfe, die uns allorts vorausschicklich bevorstehen. So leicht wie im vorigen Jahr werden wir unsere Forderungen wohl nicht mehr durchbringen. Das haben uns schon die letzten Vorgänge bei der zehnprozentigen Lohnforderung gezeigt. Im kommenden Jahr werden wir unter Umständen gezwungen sein, Kämpfe zu führen, um das Errungene zu erhalten. Das Wenige, das man im vergangenen Jahre gewonnen mehr, sucht man im kommenden Jahre wieder zu verlieren. Um die geplanten Verschlechterungen abzuwehren zu können, ist ein starker Kampf eine unbedingte Notwendigkeit. Das Bestreben eines jeden Kollegen muß es sein, soweit in seinen Kräften steht, zur Schaffung einer starken Kasse beizutragen. In der Aussprache erklärten sich die Kollegen vollkommen einverstanden mit den Sätzen, wie sie von dem Zentralvorstand festgesetzt sind. Der Kassierer Walter stellte den Antrag, im nächsten Jahre pro Quartal 25 einen Ertragsbeitrag von fünf Mark zu zahlen, auch dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. (Dieser erfreuliche Beschluß ist aber durch die Ausschreibung von vier Ertragsbeiträgen, die in Höhe von je einem Bodenbeitrage im Januar zu leisten sind, überholt. D. Schef.) Damit

Jeden die Jülicher Kollegen aller Mitgliedschaften des Gesamtverbandes das beste Beispiel der Unerschrockenheit für den Verband gegeben.
 Zum Punkt 2 der Tagesordnung hielt Kollege Hosenfeld einen sehr interessanten Vortrag über die Volkshochschule. Er führte in leicht verständlicher Sprache die Vorteile einer guten Bildung des Arbeiterstandes vor Augen. Die Thesen, die in den einzelnen Vorträgen behandelt werden, erklärte er eingehend. Jeder Kollege, der es einigermaßen möglich machen kann, sollte an den Vorträgen teilnehmen. Sie bieten das beste Material im Kampfe mit unsern Gegnern. In der Aussprache beteiligten sich mehrere Kollegen, die schon im vergangenen Jahre an den Kursen teilgenommen haben, alle sprachen sich im Sinne des Vortrags aus. Wissen ist Macht — Bildung macht frei.

Breslau. Am 16. November fand unsere Ortsgruppenversammlung statt. In der Begrüßungsansprache wurde besonders die Anwesenheit der drei Stadtverordneten Wunderlich, Ise und Paul betont. Herr P. Schäfer, Redakteur der „Preussischen Arbeiterzeitung“, hielt einen inhaltreichen Vortrag über das neue Reichsweinsteinweingesetz. Mit großem Interesse folgten die Kollegen den Ausführungen des Referenten, der es verstand, die an und für sich trockene Materie in anschaulicher Weise zu behandeln. Die Aussprache gestaltete sich sehr lebhaft und hat viel zur Aufklärung beigetragen. Im Anschluß daran nahm Kollege Jatzowski das Wort, um die Verhältnisse in den hiesigen städtischen Betrieben zu erläutern. Der Druck, der von seiten der sozialdemokratischen Verbände auf unsere Kollegen ausgeübt wird, sei mitunter geradezu benutzungslos. Besonders die in Aussicht stehenden Entlohnungen werden dazu benutzt, unsere Kollegen irre zu machen. Dies alles habe ihn veranlaßt, die Stadtverordneten zu unserer Versammlung einzuladen, damit sie die Gemüthsregung der roten Volksgegner auch von der praktischen Seite kennenlernen. In den Stadtverordneten läge es nun, daß sie bei ihrer Wahl in sie gestellten Hoffnungen auch im Stadtparlament erfüllen. In dem einstimmigen Willen unserer Kollegen wird und muß jede Gewaltmaßnahme der „sozialistischen Kräfteverbände“ scheitern. Mehr denn je sei ein freier Zusammenschluß in unserem Verbände eine Lebensfrage geworden. Die anwesenden Stadtverordneten erklärten sofort mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln dafür einzutreten, daß den städtischen Organisationen ihr Recht zuteil wird. Der einstimmige Beschluß der alten Referenten gegenüber wurde, hines, daß hier eine Einigkeit herricht. Eine Reihe bisher „irre“ Organisationsmittel hat die Verbände bündeln ab und erklärte seinen Übertritt. Wir begrüßen Sie alle als neue Verbändemitglieder und werden mit erneuter Kraft die uns gebührende Stellung zu erkämpfen wissen. Mit dem Bewußtsein, daß es vorwärts geht, wurde die einbruchsvolle Versammlung bei vorgerückter Stunde geschlossen.

Düsseldorfer Kreis. Obwohl die Düsseldorfer Arbeiterchaft im allgemeinen schon seit Jahren den Wert der gewerkschaftlichen Organisation erkannt hat, fand die hiesige Arbeiterchaft diesen Bestrebungen ziemlich ablehnend gegenüber. Einerseits fehlte es ihnen an der notwendigen Schulung, um zu erkennen, daß die Früchte der gewerkschaftlichen Arbeit erst nach jahrelanger Arbeit reifen können, andererseits aber unterließ auch die Stadtverwaltung nichts, um der Kollegenschaft praulstolz zu machen, daß sie für die gewerkschaftliche Organisation keinen Zweck habe. Infolge dieser Umstände hatten die gewerkschaftlichen Verbände dabei einen sehr schweren Stand. Trotz aller Mühe gelang es ihnen in der vorliegenden Zeit, von den mehreren tausend hiesigen Arbeitern nur einige Hundert zu organisieren.

Mit einem Schlage änderte sich die Situation Ende des Jahres 1918. Die alte Erfahrung, die sich bewährt hat, die Arbeiterchaft blühet der Arbeit gegenüber stehenden hatte, um so mehr überaus wichtige Tugenden setzen sich in diesen letzten Monaten fest, betraugte nun auch in Düsseldorf. Gegen Ausbruch fanden sie in den letzten Monaten bereits in Forderungen, welche die gegebenen Umstände vollständig außer Acht ließen. Die freie Arbeiterchaft, an deren Spitze ein jauchzender Hochruf stand, übernahm die Leitung aller dieser Bewegungen. Ihre vor- aus- gesehen, ging dieses eine für die Zeitlang aus, aber

auf die Dauer mußte dieses System ganz dahinstürzen zusammenbrechen. Der letzte unüberlegte, vor- angestellte Streik ließ denn auch die Widerständigkeit dieser unaufrichtigen Würstche zu Grunde tragen.
 Die Verwaltung die ebenam selbst eine Unterordnung mit einem Gewerkschaftsführer grundsätz- lich abgewickelt hatte, sah ein, daß auf die Dauer nur mit einer durch die gewerkschaftliche Organisation organisierten Arbeiterschaft zusammen- kommen sei. So kamen denn auch in Düsseldorf, wenn auch spät, denn doch nicht zu spät, Tarifverträge für die hiesigen Arbeiter und Angestellten zustande. Leider sollte es dieser Tarifbewegung in Düsseldorf noch an der notwendigen Einheitsfront für die hiesigen Arbeiter und Angestellten gehen heute vier Tarifverträge, und zwar:

1. der Tarifvertrag des Arbeitgeberverbandes der Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerke Rheinfla und Westfalens,
 2. der Reichsmantelartikel für die deutschen Gemein- den nebst Bezirksarbeitsvertrag des Arbeitgeber- verbandes rheinisch-westfälischer Gemeinden,
 3. der Tarifvertrag abgeschlossen mit dem Ar- beitgeberverband der deutschen Straßenbahnen und
 4. der Bezirksarbeitsvertrag für das Personal der hiesigen Krankenhäuser im Industriegebiet.
- Die vier genannten Tarifverträge gehen nun aber in ihren Bestimmungen viel weiter aus- einander, als wie es durch die besonderen Ver- hältnisse derjenigen Arbeiter, für die sie gelten, bedingt ist. So zum Beispiel ist der bestehende Unterschied in der Regelung der allgemeinen sozialen Einrichtungen durch nichts gerechtfertigt. Es wird daher unter Bestreben sein, hier eine Einheitsfront herbeizubringen, soweit die Ver- hältnisverhältnisse her beizubringen es nur irgend möglich ist.

Die Zeit der wilden Kämpfe ist für die hiesigen Arbeiter Düsseldorf nun doch wohl endgültig vorüber. Nachdem die Gewerkschaft die Führung der Verhandlungen und Tarif- abschließen übernommen kommt mangel Erfolg zustande. Erfolge um die aber bei den Ver- handlungen die zum überhand gerungen werden muß. Die Arbeiterchaft selbst nimmt infolge des Umstandes, daß sie dieser Kampf in der Regel nur zwischen verhältnismäßig wenigen Parteien im Verhandlungstisch nimmt wenig Anteil. Sie betrachtet vielmehr die Erfolge als einen Vorteil, der ihr mühselos in den Schoß gefallen ist. Unter diesen Umständen ist un- möglich gewerkschaftliche Aufklärungstheil- unbedingte notwendig, ohne sie ja auch die Durchführung der Tarifverträge in den einzelnen Betrieben in Frage gestellt würde. Diesen Aufgaben müssen sich unsere hiesigen Ortsgruppen mit gutem Erfolge. Die massenhaften Übertritt zu unserem Verbände zeigen uns, daß diese Arbeit ihrer Frucht trägt. Wird diese Arbeit anhalten, um unsere Mitglieder, vor allem unsere Vertrauensleute, vor wie noch ihre volle Pflicht und Schulpflicht, dann wird die Zeit nicht mehr fern sein, wo die freie Arbeiterchaft unter den Düsseldorfer hiesigen Arbeitern der Vergangenheit angehört. Deshalb, Kollegen, im neuen Jahre auf zur neuen Arbeit, zu neuen Erfolgen.

Schweidnitz (Chausseewärter). Eine von un- sere Ortsgruppe hier veranstaltete Versammlung war äußerst stark besucht. Vom Kollegen Jagut Sommer mit Begrüßungsworten eröffnet, nahm Kollege Jatzowski (Breslau) das Wort, um den neuen abgeschlossenen Tarif zu erläutern. Wenn auch nicht alles erreicht worden ist, so können wir doch mit dem Resultat zufrieden sein. Alle Kollegen erkannten auch die erzielten Erfolge an. Darauf referierte Kollege Jatzowski über das Arbeitsprogramm Taylor. Gerade unsere augen- blickliche wirtschaftliche Notlage ermutigte so manche Persönlichkeiten, den Arbeiter als einen Mechanismus zu betrachten. Mag dieses System auch manche gute Gedanken in sich bergen, so ist es doch zum Teil dazu angetan, die Arbeiterchaft zu zertröden. Wir verlangen, daß wir auch als Mensch gemietet und nicht mit einer Maschine gleichgestellt werden. Mit Interesse folgten alle den Ausführungen des Referenten. Zum Schluß wurde noch auf den schließlichen Parteitag hin- gewiesen, der am 13. Februar in Pörsdorf statt- findet. Als Bezirksdelegierte wurden die Kollegen Sommer und Schaubert gewählt.

Neukardt (D. Sch.) Auf Wunsch einer Anzahl hiesiger Chausseewärter wurde am 10. November

dermarms eine Vertretung abgeordnet. Am 11. Oktober erstreckte diese sich und gab Anlass zu Kollegen Jatzowski (Breslau) das Wort. Er hielt gab einen geschäftlichen Überblick über die Vertretungsbeziehung im allgemeinen und im speziellen Verbandes im besonderen. Bis zum Jahre 1909 seien auf dieser Seite die hiesigen Kollegen auch die kommunalen Arbeiter im Zentralverband schriftl. Arbeit u. Transportarbeiter an- gewiesen gewesen. Diese Zustände drängten auf zur Gründung eines Spezialverbandes. In- sammelte eine allgemeine Abstimmung ergab die Einheits- leit für den Übertritt zum Zentralverband zu Gemeindearbeiter und Straßenbahner. In der- betracht der niedrigen Lohnverhältnisse wurde der 1. Oktober-Vertrag gewählt. Da in der- Zeit schon eine Ortsgruppe unserer Verbände besteht, kommt nur eine Vertretung in Frage. Zum Vorsitzenden der Ortsgruppe wurde Kollege Straßenwärter Raft und zum Kassier der Gaswerkarbeiter Pietsch gewählt. In der- Nachmittag fand die Versammlung der hiesigen Arbeiter statt. Unter allgemeiner Zustimmung wurde der Beitrag der hiesigen Arbeiter zum 1. Oktober-Vertrag mit 2. M. herangezogen. Die Bezirksdelegierten wurden die Kollegen Raft Pietsch und Pietsch gewählt.

Verbandsnachrichten.

In der Woche vom 2. bis 8. Januar 1921 der erste Verbandsbeitrag für das Jahr 1921 4110. Vom 2. Januar ab sind die Beitragsmarken zu verwenden. Alle Be- tragsmarken dürfen nur noch für die in- ständigen Beiträge aus 1920 verwendet werden. Für 1921 verlieren sie als Wochen- beiträge ihre Gültigkeit.
 Über die Höhe der Beiträge besagt die S. 13 unserer jetzt gültigen Satzung folgendes:

Der wöchentliche Beitrag beträgt:

bei einem Wochenverdienst:	
bis zu 20 M. Klasse 1	0,45 M.
" " " " " Klasse 2	0,60 "
" " " " " Klasse 3	0,75 "
" " " " " Klasse 4	0,90 "
" " " " " Klasse 5	1,20 "
" " " " " Klasse 6	1,50 "
" " " " " Klasse 7	1,80 "
" " " " " Klasse 8	2,50 "
" " " " " Klasse 9	2,90 "
" " " " " Klasse 10	3,50 "

Beiträge unter 17 Jahren zahlen ein- halben Beitrag von 0,25 M.
 Hinzu kommen noch die Kataloggebühren.
 Wir erinnern nochmals an den Beschluß des Zentralverbandes, nach welchem im Monat Januar 1921 vier Extrabeiträge in Höhe je eines Wochenbeitrages geleistet werden müssen.
 Abgerechnet haben folgende Ortsgruppen vom:

2. Quartal: Saar (Rhld.), Tachen, Montjoy und Wattenheid;
 3. Quartal: Offenbach (Gem.), Brühl, Rodegem (Rhld.), Neuk. Ahlen i. Rh., Hous (Rhld.), Siegen, Crefeld, Bocholt, Würden, Schweidnitz, Elberfeld und Odentropen;
 4. Quartal: Brühl (Gem.).
- Der Zentralverband.

Gedenktafel.

Gestorben sind die Kollegen:

- Georg Sauner, München;
- Karl Schuler, Köln;
- Konradin Fuhe, Kassel; Radeberg;
- Josef Womac, Köln;
- Theodor Hammerberg, Sileschheim.

die Kollegen:

- Maria Sobner, München.

Ehre ihrem Andenken!

Resolution des Vorstandes vom 13. Januar 1921.
 In der Sitzung des Vorstandes vom 13. Januar 1921 in Bonn